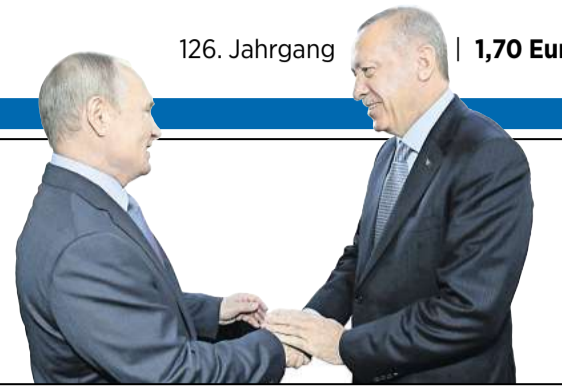




**FRIEDENSPREISTRÄGER IN LEIPZIG**  
Fotograf Sebastião Salgado (75) spricht in Leipzig über Schönheit und Schrecken **SEITE 11**

**SCHULTERSCHLUSS IN SOTSCHI**  
Wladimir Putin (67) und Recep Tayyip Erdogan (65) verlängern Waffenruhe in Nordsyrien **SEITE 3**



## Bauern legen Leipzig lahm

Landwirte in ganz Deutschland haben gestern einen ernsthaften Dialog mit der Bundesregierung zur Zukunft der Landwirtschaft gefordert. Hunderte Traktoren

von Bauern aus Leipzig, Chemnitz und Görlitz schlossen sich den Sternfahrten an. In Leipzig beteiligten sich über 150 Landwirtschaftsbetriebe aus der Region mit

mehr als 200 Traktoren, die auf insgesamt vier Routen zum Völkerschlachtdenkmal rollten und teils den Verkehr lahmlegten. **► Seiten 8 und 15** Foto: André Kempner

### THEMEN

**LEIPZIG**  
**ICE-Werk steigert seine Effektivität**  
LEIPZIG. Zehn Jahre gibt es das ICE-Werk Leipzig. An Tausenden von Zügen wurde in der Zeit geschraubt – aber auch an der Effektivität von Wartung und Instandhaltung. Mit Erfolg, wie Bahn und Werksleitung bei einem Rundgang durch das Werk zeigten. **► Seite 16**

**KULTUR**  
**Sächsische Tanzpreise in Leipzig vergeben**  
LEIPZIG. Für ihre Produktion „Cowboys“ hat die Sebastian Weber Dance Company am Montag in Leipzig den Sächsischen Tanzpreis erhalten. Der Förderpreis geht an den in Dresden tätigen Wagner Moreira für „I play d(e)ad.“ Die Auszeichnung ist mit je 5000 Euro dotiert. **► Seite 12**

**POLITIK**  
**Johnson legt Brexit-Gesetze nach Niederlage auf Eis**  
LONDON. Der britische Premier Boris Johnson hat gestern nach einer Abstimmungs-niederlage seine Gesetzgebung zum Brexit-Deal auf Eis gelegt. Er wolle nun die EU um eine weitere Verlängerung bitten, müsse aber auch Vorbereitungen für einen ungeregelten Austritt vorantreiben. **► Seite 2**

### FINANZEN

|                       |                     |                   |
|-----------------------|---------------------|-------------------|
|                       |                     |                   |
| <b>DAX</b>            | <b>TecDAX</b>       | <b>EUR/USD</b>    |
| 12 754,69<br>(+0,05%) | 2828,72<br>(-0,26%) | 1,130<br>(-0,38%) |

### WETTER

|           |           |           |
|-----------|-----------|-----------|
| <b>MI</b> | <b>DO</b> | <b>FR</b> |
|           |           |           |
| 17°   9°  | 19°   12° | 18°   10° |

### LVZ-KONTAKT

|                    |                |
|--------------------|----------------|
| Telefon            | 0341 2181-0    |
| Abonnenten-Service | 0800 2181-020* |
| Ticket-Service     | 0800 2181-050* |

[www.lvz.de](http://www.lvz.de)  
LVZ Leipziger Volkszeitung  
@LVZ

\*Kostenlose Servicenummern



4 194318 401706

## Rente mit 69 – heftige Kritik aus Sachsen am Vorstoß der Bundesbank

DGB: Freistaat wäre besonders betroffen / Linke spricht von „faktischer Rentenkürzung“

VON ANDREAS DUNTE

LEIPZIG. Der Vorstoß der Bundesbank, das Renteneintrittsalter auf fast 70 Jahre anzuheben, führt zu heftigen Kontroversen in Mitteldeutschland. Gewerkschaften und die Linkspartei kritisieren die Idee als faktische Rentenkürzung. Das ifo-Institut in Dresden gibt zu bedenken, dass auf die demografische Entwicklung reagiert werden muss, um Altersarmut zu vermeiden.

Sachsens DGB kritisiert den Vorstoß der Bundesbank heftig. Der Freistaat wäre davon besonders negativ betroffen. Schon die Rente mit 67 sei ein großer Fehler gewesen, sagt DGB-Chef Markus Schlimbach. Er verweist auf eine Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit“. „45 Prozent der Beschäftigten im Freistaat schätzen ein, dass sie unter den derzeitigen Anforderungen ihre jetzige Tätigkeit nicht

bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben können“, so Schlimbach. Mehr als in anderen Bundesländern würde in Sachsen in Schichten gearbeitet. Erschwerend komme hinzu, dass in den meisten Branchen im Freistaat und in anderen ostdeutschen Bundesländern noch immer längere Wochenarbeitszeiten als im Westen gelten. „Viele werden vor dem Erreichen des verdienten Ruhestands chronisch krank“, so Schlimbach.

Die Fraktionschefin der Linken in Thüringen Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, sagt: „Das Renteneintrittsalter weiter anzuheben und gleichzeitig das Rentenniveau abzusenken – so eine Idee kann nur von Bankern kommen, die nie körperlich gearbeitet haben und eine gute Pension beziehen werden.“ Für die Krankenschwester, die Polizistin und den Bauarbeiter sei das „der blanke Hohn“. Hennig-

Wellsow weiter: „Tatsächlich schaffen es viele Menschen in körperlich anstrengenden Berufen schon heute kaum, bis zur Rente mit 67 zu arbeiten.“ Auch die Gewerkschaft Nahrung Genußmittel Gaststätten kritisiert den Vorschlag: „Schon heute erreichen die meisten Menschen ein Renteneintrittsalter von 65, geschweige 67 Jahren, nicht gesund in Arbeit und nicht aus einer Vollzeitstelle heraus“, sagt Vorsitzender Guido Zeitler.

Die Bundesbank legt den Finger in die offene Wunde, sagt dagegen Joachim Ragnitz, Vize-Chef des ifo-Wirtschaftsinstituts in Dresden. Auf die demografische Entwicklung müsse reagiert werden, sonst könne das Rentenniveau nicht gehalten werden. „Eine Absenkung würde unweigerlich zu mehr Armut im Alter führen und ist sicher keine wirkliche Lösung“, sagt der Wirtschaftsprofessor. Eine Steuerfinanzie-

rung der Rente hält Ragnitz für eine Scheinlösung. „Zwar würden in diesem Fall auch Beamte und Selbstständige zur Kasse gebeten, um die Renten stabil zu halten.“ Aber ob Arbeitnehmer-Abgaben steigen oder Steuern erhöht werden – die Belastung bleibe.

Seit 2012 wird die Altersgrenze für die gesetzliche Rente schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Nach Ansicht der Bundesbank wird das nicht ausreichen, weil ab Mitte der 2020er-Jahre die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Nach Berechnung der Notenbank würde der Geburtsjahrgang 2001 ab Mai 2070 mit 69 Jahren und vier Monaten regulär in Rente gehen. Eine solche Anpassung würde nicht nur die Rentenkasse entlasten, sondern über eine höhere Erwerbstätigkeit auch das gesamtwirtschaftliche Potenzial stärken. **► Seite 8**

## Halberg-Guss-Nachfolger produziert trotz Insolvenz weiter

LEIPZIG. Jetzt also doch: Einen Monat nach dem Schwesterbetrieb in Saarbrücken hat auch der Leipziger Halberg-Guss-Nachfolger – die Gußwerke Leipzig – Insolvenz angemeldet. Die Produktion laufe aber weiter, teilte der Insolvenzverwalter Rüdiger Bauch gestern mit. Die 545 Mitarbeiter erhalten nun bis Jahresende Insolvenzgeld von der Arbeitsagentur. „Ziel ist es, das Unternehmen weiterzuführen und als Ganzes zu erhalten“,

sagte ein Sprecher Bauchs. „Wir müssen jetzt schauen, welche Optionen es gibt, den Betrieb auch über den Jahreswechsel hinaus fortzuführen.“ Denkbar sei eine Sanierung in Eigenregie, aber auch die Suche nach einem Investor, der den Betrieb fortführt. IG Metall und Betriebsrat begrüßten die Eröffnung des Verfahrens durch das Amtsgericht Leipzig. Sie hatten befürchtet, dass das Verfahren in Saarbrücken landet. **► Seite 8**

## Neue Doppelspitze bei Sachsens Linken: Schaper und Hartmann lösen Feiks ab

DRESDEN. Knapp zwei Monate nach ihrer Wahlniederlage hat sich die sächsische Linke auf neues Führungspersonal geeinigt: Die bisherige Landesvorsitzende Antje Feiks wird beim Parteitag am 16. November nach zwei Jahren im Amt nicht wieder kandidieren – stattdessen soll eine Doppelspitze aus Susanne Schaper und Stefan Hartmann gebildet werden. Auch die beiden Landesvize sowie die Geschäftsführung in der Partei werden

neu besetzt. „Es ist fünf nach zwölf. Die alten Konzepte sind nicht mehr tauglich. Deshalb können wir nicht so weitermachen wie bisher, sondern müssen uns einigen und etwas aufbauen, das ein Signal in die Partei hinein und auch nach außen ist“, sagt Antje Feiks der LVZ. Der Kompromiss soll die beiden Lager – die Reformler und die Traditionalisten – befrieden und eine inhaltliche Erneuerung ermöglichen. **► Seite 4**

## Männer in Deutschland sind fürs Haarfärben

22 Prozent der Herren haben schon Erfahrung damit / Bei den Damen sind es 82 Prozent

Gut jeder dritte Mann in Deutschland sagt, dass Haarfärben und -tönen einen wichtigen Beitrag dafür leisten kann, sich wohlzufühlen. Aktuell hilft aber nur knapp jeder Zehnte mit dem Farbpinsel nach, um etwa unerwünschtes graues Haar verschwinden zu lassen. Allerdings haben 22 Prozent der Herren in der Vergangenheit schon die Haare getönt oder gefärbt. Zum Vergleich: Bei den Damen sind es 82 Prozent. Das sind Ergebnisse aus dem Friseur-Trendmonitor Deutschland 2020. Dafür wurden im Auftrag der Friseur-Academy Orgaenic aus Berlin und Dresden insgesamt 1000 Bundesbürger über ein Marktforschungsinstitut befragt.

Weitgehend einig sind sich Männer und Frauen (82 Prozent), dass vor allem natür-



Strohblond gefärbte Haare sind noch die Ausnahme. Foto: Ferenczi Gyorgy/Adobe Stock

lich und gesundes Haar als schön empfunden wird. Die große Mehrheit möchte künftig beim Färben und Tönen auf chemische Inhaltsstoffe verzichten (74 Prozent). Besonders Frauen wünschen sich speziell auf das eigene Haar abgestimmte Farbstoffe oder Tönungen (67 Prozent). Beide Geschlechter präferieren eine Nuance, die möglichst dem eigenen Naturhaar entspricht (49 Prozent).

„Der Trend zu natürlichen Farbnuancen und Inhaltsstoffen ist in der Friseur-ausbildung angekommen“, sagt Petra Brockmann von der Friseur-Academy. „Ein Farbtön aus der Standard-Palette genügt den Kunden heute nicht mehr – das zeigt auch unsere Umfrage. Um die Wünsche rund um das Haar gezielter

erfüllen zu können, sollten Friseurinnen und Friseure die Chance zum Kundengespräch stärker nutzen – dafür sind 66 Prozent der deutschen Verbraucher offen. Mehr Mut – speziell bei der Beratung zum Haarschnitt – fordern 40 Prozent der Kunden. Über die Frisur hinausgehende Styling-Tipps, Make-up oder Massage möchte jeder Fünftel gern in Anspruch nehmen.

„Kunden erwarten im Salon heute individueller abgestimmte Produkte und Services – ein Trend, den wir in Deutschland branchenübergreifend beobachten“, sagt Petra Brockmann. „Um beispielsweise einen bestimmten Farbton aufzufrisieren, genügt es nicht, die einmal gewählte Coloration ‚nach Schema F‘ neu aufzutragen.“

### LEITARTIKEL

VON GORDON REPINSKI



## Kramp-Karrenbauers kühne Idee

Annegret Kramp-Karrenbauer durchbricht die Logik der bisherigen deutschen Außenpolitik. Danach war Berlin zwar bereit, international mehr Verantwortung zu übernehmen – dies sollte aber bitte erst irgendwann in unbestimmter Zukunft geschehen. Kramp-Karrenbauer hat jetzt mit ihrem Vorstoß die Debatte darüber, wie deutsche Außenpolitik konkret aussehen soll, plötzlich und unerwartet in die Gegenwart gezerrt.

Fräglich ist aber, wie viel von ihrem Vorschlag jemals in die Realität umgesetzt werden kann. Während am Dienstag in Berlin das Für und Wider der AKK-Initiative diskutiert wurde, saßen im russischen Sotschi Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan zusammen. Es sind die beiden Politiker, auf die es in der Syrien-Frage mittlerweile mehr ankommt als auf die USA und EU zusammen.

Kramp-Karrenbauers Vorstoß ist der Versuch, sich im Namen des Westens in den Spalt einer Tür zu werfen, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter geschlossen hat – mit dem unrühmlichen Höhepunkt des Abzugs der US-Truppen in diesem Monat. Kann ihre Initiative dennoch noch etwas Gutes bewirken? Dagegen spricht, dass AKK sich intern nur unzureichend abgesichert hat, weite Teile der Regierung waren nicht informiert. Das Auswärtige Amt war nicht eingebunden. Und das lange Schweigen im Kanzleramt darf so gedeutet werden, dass Angela Merkel den Vorschlag ihrer Nachfolgerin an der Parteispitze bestenfalls tolerierte.

Andererseits zeigt Kramp-Karrenbauer jetzt Mut. Man kann ihren Kurs auch tollkühn nennen. Trotz vieler Angriffe aus den eigenen Reihen ist sie gewillt zu kämpfen, auch um ihre Führungsposition in der CDU.

Das Strategiedefizit allerdings zeigt sie als Verteidigungsministerin bereits zum zweiten Mal – denn auch hinter ihrer Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben steht keine Vorstellung, wohin sich die Bundeswehr mit dem vielen neuen Geld entwickeln soll. Noch immer fehlt es Kramp-Karrenbauer offensichtlich an einem Netzwerk und an Beratern, die für sie diese Fragen mitbedenken. Darin könnte für die neue CDU-Vorsitzende auch im Weltstreit um die Nachfolge Merkels im Kanzleramt ein entscheidender Nachteil liegen.

Die Entscheidung über die Sicherheitszone in Syrien ist zu einer sicherheits- und machtpolitischen Weichenstellung für Deutschland geworden. Außen- und Innenpolitik sind von nun an neu verknüpft: Setzt sich Kramp-Karrenbauer mit ihren Ideen durch, rückt sie auch einer Kanzlerkandidatur ein Stück näher. Scheitert aber ihr Vorschlag frühzeitig, hat die Saarländerin ihren Führungsanspruch verwirkt. **► Seite 3**

politik@lvz.de